

Kommission übt Kritik wegen Fluglärm

Offenbach – Fluglärmschutz zur politischen Priorität machen: Das fordert die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Fluglärmkommission (ADF). Vertreterinnen und Vertreter würden angesichts des Koalitionsvertrages der neuen Bundesregierung besorgt nach Berlin schauen. „Fluglärmschutz ist kein optionales Anliegen. Wer den Luftverkehrsstandort Deutschland zukunftsfähig gestalten will, muss das im Einklang mit den berechtigten Lärmschutzinteressen der Anwohnerinnen und Anwohner tun“, sagt Paul-Gerhard Weiß, Vorsitzender der ADF und Stadtrat. Die negativen Auswirkungen von Fluglärm auf die Gesundheit und der bestehende dringende Handlungsbedarf seien wissenschaftlich belegt. Dennoch würden im Koalitionsvertrag klare Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzniveaus für betroffene Menschen fehlen, bemängelt der ADF. Bereits 2019 habe die damalige Bundesregierung im Rahmen eines Fluglärmberichts konkrete Empfehlungen zum baulichen Lärmschutz vorgelegt. Diese seien laut ADF bis heute nicht umgesetzt worden. „Diese Empfehlungen dürfen nicht länger in der Schublade liegen. Mit Blick auf den wachsenden Flugverkehr muss die Bundesregierung Verantwortung auch für die Gesundheit der Betroffenen übernehmen und handeln“, fordert Weiß. Der wirtschaftliche Erfolg der Luftfahrt dürfe laut ADF nicht auf Kosten der Gesundheit und Lebensqualität der Bevölkerung gehen.

VUM